Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

25.1.1928 (No. 21)

frafie Dr. 16 Gernfprecher: Mr. 953

9fr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Berantwortlich redattionellen Tell Staatsangeiger Chefredatteur Ratierube

Bezugspreist Monaisch 3.— MM. einichl. Bustellgebühr. — Einzelnummer 10 Big. — Samstags 15 Big. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelber frei. Bei Wiederschungen tarisseigen fand ber angeigen fand bireft an die Geschäftelle ber Karlschungen tarisseiger, Karlsriederichstraße 14, zu senden und werden in Bereindarung mit dem Ministerium des Junern berechnet. Bei Alageerebung, wangsweiser Beitreibng, und Konlursversahren fallt der ruher Zeitung, Babischer Staatsanzeiger, Karlsriederichstraße 14, zu senden und werden in Bereindarung, Maschineurung, Machineurung, Wetriedsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieseranten, hat der Inserent keine Ansprücke, Machart sort. Erstillnungsort Karlsrude. — Im Falle von höherer Gevalt, Streit, Sperre, Kussberrung, Machineurung, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieseranten, hat der Inserent keine Ansprücke, Machart sort. Erstillnungsort Karlsrude. — Im Falle von höherer Gevalt, Streit, Sperre, Kussberrung, Wasigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drudsahr und Manusstripte werden nicht zurückzegeben falls die Zeitung verspätet, in beschreiten Umsange oder nicht erstehen Absischer Berüftung ibernommen. Abbestellung der Zeitung, Badischer Berüftung zu irgendweicher Bergiftung ibernommen. Abbestellung der Zeitung, Badischer Badischer Badischer, Amtliche Berichte über die Berhandlungen des Badischen Landags Zentralhandelsregister sür Baden, Badischer Zeutralanzeiger für Beamte, Bissenschafte und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badischer Badischer, Amtliche Berichte über die Berhandlungen des Badischen Landags

Letzte Nachrichten

Die Schwierigkeiten beim Schulgesetz M. Berlin, 25. Jan. (Briv.-Tel.) 3m Bilbungsausichus

bes Reichstags gab heute Reichsfinangminifter Dr. Ruffer aur Roftenfrage bes Reichsichuigefetes bie Erffärung ab, bağ bie geftrigen Musführungen bes Reichs. innenminifters von Reubell feine perfonlichen maren, fonbern Auffaffungen bes Reichstabinetts wieber. gaben. Geftern abend fanben zwifden ben Regierungsparteien interfrattionelle Berhanblungen ftatt, wobei bas Reichsfinang. minifterium fich bereit erffart hatte, für ben Abergang 30 Millionen Reichsmart gur Durchführung bes Reichsichnigefebes sur Berfügung gu ftellen. Die Barteien entichloffen fich jeboch, bie Gumme noch offen gu laffen, ba bie tatfachlichen entstebenben Roften noch nicht gu überfeben feien und mahricheinlich höher würben. Die Barteien waren fich ferner barin einig, baß and Lanber und Gemeinben, ba fie bie Bermaltung ber Schulen befäßen, an ben Gefamttoften betei. ligt werben mußten. In ber Roftenfrage wurbe in ber heu. figen Situng bes Bilbungsausichuffes irgenbein Befchuf nicht gefaßt, bod icheint es, als ob bie Deutsche Bolfspartet bier bie Borichlage ber Regierung im allgemeinen billige.

Bu ber Frage ber Simultanicule bagegen hat fich ber Biberftand ber Deutschen Bolfspartei eber verftarft. Sie hat einen Untrag ju § 20 eingebracht, wonach in ben Bebieten bes Reichs, in benen bisher eine nach ben Befenniniffen nicht getreunte Boltsichule nach Gefet ober Bertommen befteht, es bei bem bisherigen Buftanb bleiben foll. Die Deutsche Bolfspartei forbert bamit, baf ber Gou b ber Gimultanichule nicht wie im Regierungsentwurf befriftet, fonbern all gemein und nicht nur für Baben unb Beffen, fonbern für alle Gebiete ausgefprochen wirb, in benen bie Simultanichule gefehlich ober nach hertommen befteht. In Streitfällen foll ber Staatsgerichtshof enticheiben, welche Lanber und Gebiete Simultanichulen befiten.

Die Motlage der Landwirtschaft

M. Berlin, 25. Jan. (Briv.-Zel.) Die Unterftligungs. attion für bie Landwirtfchaft fteht vor gewiffen Schwierig. leiten. Bei ben geftrigen interfrattionellen Berhandlungen ber Regierungsparteien gab ber Reich &finangminifter bie Bufiderung, bag bie Gintommen- und Umfatfteuer burch Rahmengefete für biejenigen Landwirte, bie feine Bucher führen, alfo bie fleineren Betriebe, in ihren Abichluß. wie auch in ben Borauszahlungen ber Abfahlage ber Lanbwirte angepaßt werben follen, ferner follen bie Binfen für Stener. rudftanbe niebergefchlagen werben. Bei Bfanbungen, bie fich trothem nicht umgeben lieben, foll auf bie Benchtung ber Beftimmungen gefeben werben, bie eine Störung bes Betriebs verhinbern follen.

Aber bie weiteren Forberungen aus ben Regierungsparteien (Binsverbiffigungen für bie Rentenbanffrebite burd bas Reid, Bwifdentrebite gur Berbilligung ber Binfen für Mustanbsanleiben und Ginfuhrbeichrantungen) wurbe eine Ginigung nicht erzielt. Dem Reich fteben bie geforberten Mittel für bie von ber Lanbwirtichaft verlangte große Entichnibung Sattion nicht gur Berfügung. Die Muffaffung bes Rinangminifters, bag eine 100-Millionenausgabe nicht trag. bar fei, wirb auch in ben Barteien getellt. Die Deutich. nationalen ftellten auch gollpolitifche Forberungen. Gie verlangten eine Minberung bes Gefrierfleifdfontingents unb entipredienbe Grensfperren für lebenbes Bieb, fowie Bereitftellung von Mitteln gur Debung ber Schweinegucht aus bem Bollauftommen von ber Bieh- und Fleischeinfuhr. Diefe Forberungen bes Lanbbunbes werben taum Erfüllung finben, jumal bas Bentrum hier Burudhaltung zeigt. Es bleibt alfo bann nur ber Steuererlaß und bie Stundungen in erheb. lidem Umfang, vielleicht auch Borfduffe auf Muslandsanleiben gur Forberung turgfriftiger landwirticafilicher Brebite, Aber auch bier begegnet man Schwierigkeiten, ba bie beiben Stellen, bie für bie Aufnahme von Mustanbsanleihen in erfter Linie in Betracht tommen, bie preufifche Genoffenichaftstaffe und bie Rentenbantfreditanftalt, teine große Beneigtheit geis gen, weil nach ihrer Unficht bie Musfichten auf bem Unleibemarkt nicht gerabe gunftig finb. Die Gemahrung bon Borfouffen auf einer folden nicht gerabe gut fundierten Bafis würbe alfo gunächft boch bas Reich felbit belaften.

Die Beichlagnahme ber ruffifden Bantguthaben in Baris. Das Pariser Handelsgericht hat die einstweilige Versügung, die die Beschlagnahme russischer Bankguthaben in Höhe von 20 Millionen enthält, aufgehoben. Sie war auf Antrag einer spanischen Bank gestellt, die sich durch das russische Vorgehen beim spanischen Verroleummonopol geschädigt fühlte.

Die Etatsrede des Finanzministers Dr. Schmitt

In ber heutigen Gibung bes Babifchen Land. tags brachte Finangminifter Dr. Somitt ben Gtat mit folgender Ctatsrede ein;

Der Staatsvoranschlag 1928/29, ben ich hiermit vorlege,
— er wird sofort verteilt werden — steht wesentlich unter
brei Zeichen, nämlich Bermehrung bes Personalauswandes,
Drosselung sachlicher, aber noch verschiebbarer Ausgaben und
Eintritt eines vorerst noch ungedecken, aber für badische
Berbältnisse und für die heutige Zeit immerhin erheblichen

Fehlbetrag für zwei Jahre von rund 24,3 Millionen RM.

Das find die wesentlichen Merkmale des neuen Budgets. Die Das ind die wesentigen Vertindte des keiten die stelle frestelle Drosselung sachlicher Aufgaben ist zwar keine spezielle badische Erscheinung, sie keunzeichnet vielmehr auch den Reichshaushaltsplan und die Budgets der andern deutschen Länder. Sie ist also eine allgemeine Erscheinung in Deutsche

Länder. Sie ift also eine allgemeine Erscheinung in Deutschland, und es wäre deshalb geradezu verwunderlich, wenn es im Lande Baden anders wäre als im sonstigen Deutschland. Die starke Drosselung sachlicher Ausgaden hängt allerdings wesenklich zusammen mit der Erhöhung der Beamtenbesoldung und mit den Reparationslasten, welche jeht ihren Höhepunst erreichen und auf die Länder zurückwirten.

Auch der Fehlbetrag des Budgets ist weder eine spezielle badische Erscheinung noch eine ausschlichsliche Erscheinung der Gegenwart. Auch das neueste vreußtiche Audget für 1928 z. B. hat einen einjährigen Fehlbetrag von 73 Millionen und das württembergische Budget einen solchen von 10 Milstionen, und doch sind Preußen und Württemberg sinanziell gut situierte Länder; den andern Ländern geht es nicht besser. Bahern hat ohne Besoldungserhöhung gerade noch das Eleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaden durch starke Ausgadenbeschränkung erreicht. Die Besoldungserhöhung, die noch nicht hierunter fällt, ersordert in Babern nach Zeitungsnachrichen 64,4 Millionen Am im Jahr. Der badersser Sanstere Einstere Einstere Kinsteren für 1928 aus had Fettingskadzlagen 1944 Attionen IN im Jage. Debaberische Finanzminister berechnet den Fehlbetrag unter größter sonstiger Sinsparung für 1928 auf mindestenst Willionen IN. Thüringen hat 1928 ein einzähriges Defizit von 80 Millionen IN laut Zeitungsnachrichten.

Auch die früheren babischen Finanggesetze wiesen Fehlsbeträge auf:

1900/1	14 Millionen
1902/3	13,5 "
1904/5	6,5 "
1906/7	8,8 "
1908/9	8,2 ,,
1910/11	1.9
1912	1,6 "
1924	17,5 "
1000 /07	150

und unfer berzeitiger laufender Staatsvoranschlag.

Diesen Fehlbeträgen standen aber jeweils entsprechende um-laufende Betriebsmittel gegensiber; so hat denn auch das Finanzgeset vom 5. August 1926 14,1 Willionen umlaufende Betriebsmittel zur herabminderung des Fehlbetrags von 15 Millionen auf unter 1 Million berwende

Die Befoldungserhöhung macht jeht rund 16,5 Millionen Reichsmark jährlich aus, das jährliche Defizit nur 24:2 = 12 Millionen M. Bäre die Besoldungserhöhung nicht gekommen, so wäre im Etat ein jährlicher überschuß von 16,5 — 12 = 4,5 Millionen M. Diese hätten auf eine Besoldungserhöhungs = 4.5 Millionen M. Diese hatten auf eine Bestobungs-erhöhung verwendet werden können, ohne daß ein Fehlbetras entstanden wäre. Damit ist nachgewiesen, daß der Fehlbetras mit jährlich 12 Millionen RM lediglich auf die Besoldungs-erhöhung zurückzusühren ist. Die Tatsache, daß gerade der ordentliche Etat einen Fehlbetrag von rund 5,8 Millionen Reichsmark aufweist, tut dar, daß nur der ordentliche Besoldungsmehrauswand die Ursache des Jehlbetrags ist. Diese Festitellung wird wichtig sein, wenn das Land erneut an das Reich herantritt und um Ausgleich wegen der Besoldungs. erhöhung bittet.

Bie foll im übrigen

bie Dedung bes Fehlbetrags von 24 Millionen RM für 2 Jahre erfolgen? Sollen oder können zur Dedung des Fehlbetrags Steuern erhöht werden. Ich berneine die Frage. Die steuerlichen Lasten sind schon dis zu einer schwer erträglichen Höhe gestiegen. Größere Summen, als disher aus der Grundund Gewerbesteuer berausgeholt werden sollten (87 700 000 MM — 4 000 000 MM — 33 700 000 MM), können nicht mehr here ausgeholt werden. Eine Erhöhung der Grundund und Gewerbesteuer soll also insofern nicht eintreten, als die bisherige Gesamtsumme nicht überschritten wird, wohl aber wird eine Berschiedung eintreten, indem die Gesamtsumme von Brutto 37,7 Millionen M anders verteilt wird auf Grundvermögen. Betriebsdermögen und Gewerbeertrag als disher. Iwar wird nicht das vom Grund- und Gewerbesteuergeset an sich gewolkte Berhältnis von 70:12:18 zugrunde gelegt, sondern das Berhältnis von 68,70:12,47:18,83. Die Dundertreile der Steuergrundbeträge werden daster auch eine Berschiedung erleiden. Das Grundvermögen muß bei diesem Berhältnis von 68,70:12,47:18,83. Die Dundertreile der Steuergrundbeträge werden daher auch eine Berschiedung erleiden. Das Grundvermögen muß bei diesem Berhältnis von der Gewerbeertrag diesemal nur 185 Hundertreile und der Gewerbeertrag diesemal nur 185 Hundertreile (statt bisher 200 Hundertreile) entrichten. Damit tritt zunächst für dem Gewerbeertrag eine Entlastung ein, die allgemein als würtschenswert enwissenden murde, andrerseils erzigt sich eine erfolgen? Sollen oder können gur Dedung des Fehlbetrags den Gewerbeertrag eine Entlastung ein, die allgemein als wünschenswert empfunden wurde, andrerseits ergibt sich eine stärtere Belastung des Betriebsvermögens und des Grundvermögens. Beim Grundvermögen war in den beiden ab-gelaufenen Budgetjahren seider schon im Steuersoll ein Fehl-betrag von rund 2 Millionen M, also für die beiden Budget-jahre 1926/27 zusammen ein Fehlbetrag von 4 Millionen Me eingetreten. Der Fehlbetrag beruht im wesentlichen darauf,

daß die Zahl der Grundsteuerpflichtigen, deren Gesamtsteuerwerte in die Stusen von 10 000 M und weniger und in die 2. Stuse von 10—20 000 M entsielen, mangels genügender Statistik nicht genau sestgestellt werden konnten. Es erscheint angemessen, daß dieser Ausfall, den das Budget nicht weiter ertragen kann, auf das gesamte Grundbermögen umsalest wird

weiter ertragen kann, auf das gesamte Grundvermögen umgelegt wird.

Des weiteren hat die Regierung geprüft, ob der Fehlbetrag
gedeckt werden konnte durch Beränderung des Gebäudesonderftenergesetes, und zwar einmal durch Erhöhung des Steuersates, sodann durch eine andere Verteilung des Landesanteils auf allgemeinen Finanzbedarf und Wohnungsdau.
Würde man die Hauszinösseuer monatlich nur um 1 Anf erhöhen, und würde man beispielsweise den ganzen Ertrag
dieser Erhöhung (auch den Gemeindeanteil) nur für den allgemeinen Finanzbedarf des Landes verwenden, so würde
ich eine jährliche Mehreinnahme für die allgemeine Staatsberwaltung in Höhe von rund etwas mehr als 2,5 Milliomen
Reichsmarf ergeben; oder würde man ohne Erhöhung des
Gebäudesondersteuersates den bisherigen Landesanteil halb
und halb für den allgemeinen Finanzbedarf des Landes und
für den Bohnungsdau verwenden, so würde für den allgemeinen Finanzauswand eine jährliche Summe von 1,2 Millionen M mehr zur Berfügung stehen. Man könnte alsdann zugunsten des Wohnungsdauanleihegeseh, die sehr den
13 Millionen auf 23 Millionen M erhöht werden sollen. Die
Regierung kam aber nach eingehender Brüfung zu dem Ergebnis, eine Anderung des Gebäudesondersteuergesehes weder
in der einen noch in der andern Richtung dorzuschlagen.

Wie früher, so wird auch diesmal erhöst, daß der Feblbetrag

Wie früher, fo wird auch biesmal erhofft, bag ber Fehlbetrag im Laufe bes Saushaltszeitraums erwirtschaftet werben tann. Dies fest aber, foweit nicht Mehreinnahmen erzielt werben, einen ftarten Willen ber babijden Regierung gum Sparen boraus. Diefer Bille ift borhanden; Art. 3 bes ginanggefetes gibt dem Finanzminister eine gesetzliche Handhabe zur Einssparung im außerordentlichen Etat. Auch die im Besoldungssgesetzutwurf in Aussicht genommene Richtbesetzung je einer von 8 frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen wird geswisse, wenn auch recht geringe Ersparuisse bringen. Andrersseits wird im Laufe des zweisährigen Budgets eine

Mbanberung bes Finangausgleiche gugunften ber Lanber

eintreten muffen, icon aus allgemeinen Grunben, aber auch eintreten musen, schon aus allgemeinen Gründen, aber auch aus den besonderen Gründen der dom Neich eingeleiteten Besoldungserhöhung. Ob es möglich ist, die auf 16,5 Weilbonen vorläufig geschätzte Besoldungserhöhung heradzumindern, wird auch noch der Landtag zu prüsen haben. Das gleiche gilt für die andern Ausgaben. Jedenfalls dürsen die vorgeschlagenen Ausgaben vom Landtag nicht mehr erhöht werden. Ich mußdiesen Bunsch ganz besonders unterstreichen. Schliehlich gewährt auch der Rechtsanspruch des Landes gegen das Keich

Aufwertung und Berginfung ber Gifenbahnichulb

einen Rüchalt und eine Grundlage zur Bermehrung der babischen Einnahmen und Berminderung des Fehlbetrags. Bie im Reich, so mußte auch in Baden vor Aufstellung des Staatsvoranschlags

allgemein einer Borprüfung unterzogen werden. Es müssen die ungünstigen und die günstigen Bunkte einander gegen-übergestellt und miteinander berglichen werden. Für Baden ist diese Untersuchung um so notiger und um so wichtiger, als wir ein zweisähriges Budget haben und deshalb mit be-sonderer Borsicht vorgehen mussen.

Auch die Höhe des Fehlbetrags zwingt, mehr als sonst isblich ift, auf allgemeine volkswirtschaftliche und finanzpolitische Fragen einzugehen.

Als ungünstige Konjunkturmomente müssen zwar herborge-hoben werden: Die wenn auch abnehmende, so doch immerbin noch vorhandene Passivität des Außenhandels, der ungenügende Export, die Einsuhrüberschüsse, und unter diesen wieder der Lugusimport, die starke Aussandsverschusbung, die Rascheit, Lugusimport, die starte Austandsverschuldung, die Raschheit, mit welcher nach dem Krieg die Austandsverschuldung diese Höhe erreicht hat und die Transsergefahr. Dazu kommt: Die Diskonterhöhung, die Kapitalknappheit, der ungünstige Stand und der Kurs der Reichs- und Landesanleichen, die schwerzlichen Ersahrungen an der Börse, die höhe der Baustossen, das Ansteigen des Lebenshaltungsindeges und die Besorgnis und Furcht vor neuer Steigerung der Köhne, der Barenpreise und der Krodulktionskosten. Das Schlimmste aber ist, daß die Reparationskasten auf Erund des Dawes, planes im Laufe des Jahres 1928 ihren Höhepunst erreichen. Sine der wichtigsten wirtschaftlichen Folgen des Dawesplans wird in Deutschland die Berminderung der eigenen Kapitalbilbung sein, und zwar die Verminderung unter das Maß, bilbung sein, und zwar die Berminderung unter das Maß, welches erforderlich ist, um die beutsche Birtschaft auf dem welches erforderlich ist, um die deutsche Wirtschaft auf dem der Weltentwicklung und dem Bedökkerungszuwachs entsprechenden Stand zu halten. Die deutsche Wirtschaft ist daher von ausländischem Geld und von ausländischer Anleihe abhängig. Was wir serner im Inland immer noch schwerzlich missen, das ist die ungenigende laudwirtschaftliche Eigen-produktion und die dadurch sowie durch schlechte einheimische Ernte bedingte Lebensmitteleinfuhr. Wenn der Lebensbaletungsinder nicht erneut steigen soll, dann muß die inländische laudwirtschaftliche Produktion gesteigert werden. Auf diese Weise wird den Arbeitern und Beamten mehr genübt, als durch Erhöhung ihrer Rominalbezüge, wenn gleichzeitig die Warenpreise steigen (Zuruf des Abg. Weismann: "Wenn!").

Der Staatsvoranichlag enthält baber für Bobenmelioration befonbere Mittel (1,5 Millionen ftatt bisher 1 Million)

und zwar jest auf Anlehen, welche natürlich wegen der geringen Leiftungsfähigkeit des Landes bescheiden sind. Aber es darf darauf hingewiesen werden, daß don den 1,6 Milliarden Auslandsanleihen der öffentlichen Hand 500 Millionen der Landwirtschaft zusielen und daß im Judgetzeitraum 1926/27 die deutsche Bodenkultur A.-G. der dadischen Landwirtschaft 1,28 Millionen M zu günstigem Zinssus als Darlehen gegeben hat. Aber es ift noch dringend ersorderlich, daß von seiten des Reichs eine erneute großangelegte Kreditation zu Gunsten der Landwirtschaft erfolgt. Mit der Aufnahme von Auslandsanleihen allein kann die Kassivität unsserer Dandelsbilanz nicht restlos erklärt werden. Ein entscheedender Faktor ist vielmehr die Einsuhr landwirtschaftlicher Produtte. Wenn wir diese Einsuhr durch Vermehrung der eigenen landwirtschaftlichen Krodutte. Wenn wir diese Einsuhr durch Vermehrung der eigenen landwirtschaftlichen Kroduttion vermindern, so nüßen wir — wie selten in einem andern Falle — gleichmäßig und gleichzeitig allen Schicken des gesamten Bolses. In Baden wird eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Kroduttion nicht zu erreichen sein, wenn nicht gleichzeitig die Karzellen zusammengelegt werden. (Sehr wahr! Links.)

Bas für die badische Industrie besonders ungünftig wirkt, das sind die Eisenbahntarife, deren Mänderung wir im badischen Sinn seit Jahren mit Nachdrud, aber immer noch ohne nennenswerten Erfolg erstreben.

Auf der andern Seite aber überwiegen die günftigen Momente der Birtschaft. Bir haben Handelsverträge abgeschlossen, insbesondere haben wir endlich auch einen deutsch-französischen Handelsvertrag. An Stelle der Einfuhr- und Ausfuhrverbote der Nachtriegszeit sind Verträge getreten. Es ist tein Zweisels, daß diese internationalen Handelsverträge, insbesondere die sog. Meistbegünstigungsklausel, die Heradieiung der hoßen Bölle, die Langfristigkeit an Stelle der Zwischenlösung, für die deutsche Wirtschaft günstig wirken, jedenfalls für einen Teil unserer Industrie. Dabei stehen wir erst am Anfang, nicht am Ende einer Entwidlung. Sodann ist die Vertiswarenaussuhr fortwährend gestiegen. Allem voran steht aber die Rasionalisierung der deutschen Wirtschaft. Sie war nur möglich mit Hilfe von Auslandsanleihen und insosern wirlt die Auslandsverschuldung hier ganz besonders produttiv. Das Auslandsgeld wurde verwendet zur Wiederauffülung der in der Instationszeit verloren gegangenen Betriebsmittel zur Mationalisierung, zum Auf- und Ausbau unserer Krodustion, zur Erweiterung unserer Ausfuhr und damit nicht zur Beschränkung, sondern zur Förderung des Transfer. Erhöhte Rohstossenleihen, welche vielsach überhaupt in gar nichts anderem als schließlich in Rohstossen aus dem Ausland nach Deutschland hereinströmen können.

Die Kationalisierung ist in Deutschland noch nicht vollenbet. Die Sicherheit, daß die Rationalisierung immer weiter durchgeführt wird, berechtigt zu der Hoffnung, daß die wirtschaftliche Konjunttur, wenn auch in Kurven, so doch stetig und langsam auswärts schreitet.

Die Nationalisierung verbilligt andererseits die Produktion
— die meisten Betriebe brauchen 3. B. weniger Arbeiter —.
Sie steigert aber auch die Produktion und müßte auch aus diesem weiteren Grunde zu einer Verbilligung der Baren sühren. Man müßte daher von der Birtschaft, ganz besons ders aber dem Zwischenhandel und Einzelhandel verlangen, daß die Warenpreise entweder billiger werden, oder wenigstens nicht in die Höhe gehen.

Unfer wirtschaftliches Ziel muß sein: Qualitätsarbeit. Nur bei Qualitätsarbeit lann ber beutsche Kaufmann mit dem ausländischen Kaufmann im Ausland konkurreren. Qualitätsarbeit seht aber Qualitätserziehung boraus. Daß die Qualität unserer Arbeiter immer mehr gehoben wird, dafür sorgen unsere Schulen, insbesondere unsere gut eingerichteten Bolks. Fortbildungs. Handelse und Gewerbeschulen. Sin Bolk, welches jährlich 2½ Milliarden an das Ausland zählen soll, hat einen kulturellen Stand und zwar ernen ziemlich hohen zur Boraussehung. Die Erlangung und Erhaltung dieses Kulturstandes ersordert Kosten, und diese dom Staat ausgewendeten Kosten sind mittelbare Produktionskoften der deutschen Wirtschaft. Und die deutschen Länder, insbesondere Baben, werden nach besten Kräften alle Ausgaben aufwenden, um ihren kulturellen Stand, insbesondere den Stand unsperer Schulen, zu erhalten und zu heben. Der gesamte persönliche und sachliche Nettoauswand des badischen Staates für die Bolks und sachliche Nettoauswand des badischen Staates für die Bolks und hortbildungsschulen einschließlich der Rreissschulämter betrug

1912/13 5,5 \$rog. 1924/25 12,1 \$rog. 1926/27 14,1 \$rog. 1928/29 14,5 \$rog.

ber gefamten ftaatlichen Ausgaben.

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist die eigene Kapitalbildung im Inland; das beweisen die Berichte der Spartassen, der Banken, der Versicherungsgesellschaften, der Ksandbriefinstitute und der Kreditgenossenschaften. Auch die Zunahme unserer Wohnungen ist ein Beweis dafür, daß wir auswärts kommen. Der sicherste Beweis für unser wirtschaftliches Auswärtskommen ist einigermaßen aber die erhöhte Güterbesörberung auf den Eisenbahnen. Die Tonnenmenge der ungesehrten und beförderten Güter nimmt fortwährend zu. Das ergibt sich sowohl aus der Statistit der Eisenbahn, wie aus der Zunahme der Güterbesörderungssteuer.

Es darf noch auf folgendes hingewiesen werden: In derfelben Zeit, in welcher die Auslandsverschuldung sich erhöht, die Geldknappheit größer und die Zinssäte höher werden, in derfelben Zeit von 1927 fällt die Erwerdslosenziffer, vermehrt sich also die Produktion; ein Beweis, daß das im Ausland oder Inland ausgenommene Geld produktiv in der Industrie verwendet worden ist und zu einer Verminderung der Erwerdslosenzahl gesicht hat. Nun das Fazit aus diesen

Bei ber Aufstellung bes Bubgets wurbe baber bavon ausgegangen, bag bie Wirtschaft sich aufwärts bewegen wirb, wenn keine außerordentlichen Demmungen eintreten. Wir burfen Bertrauen haben zu unserer Wirtschaft, Bertrauen zu unserer Währung.

Der babische Staatsboranschlag gründet sich auf benfelben gunstigen Unnahmen wie der Reichshaushaltsplan;

au wirtidaftlichem Beffimismus fehlt ber Unlag. Aber wachfam und vorfichtig muffen wir fein,

insbesondere im Ausgeben von Geld und in dem Beanspruschen von ausländischen Kredits. Der badische Boranschlaggeht daher bei der Reichsüberweisungssteuer (Einkommen, Körperschafts», Umsatz, Kraftsabrzeugsteuer) von den geschäpten Zahlen aus, welche in den Reichshaushaltsplan eingestellt sind. Ein anderes Berfahren — ein Abweichen davon — wäre schon aus formellen Gründen nicht zu bertreten.

Verhältnis zwischen Reich und Ländern

Es wird auch vom Finanzminister dankbar anerkannt, daß das Reich während des abgelaufenen Jahres auch dem Lande Baden wie anderen Ländern wesentliche Geldzuschüsse in dem Grenz- und Westsonds gegeben hat zur Behebung kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Schäden, welche dem Lande Baden dadurch entstanden sind, daß es Grenzland geworden ist.

Allmählich bringt bie Erkenntnis burch, bağ Baben beshalb, weil ber-Rhein Grenze geworden ift, schwer gelitten hat und baß es beshalb die Aufgabe bes Meiches ift, nicht bloß Oft-preußen und bie Rheinlande, sondern insbesondere auch Baden und bas heute leider noch beseite babische Gebiet desentlich zu unterftützen.

Um die Interessen Badens mit größerem Nachbrud bertreten zu können, habe ich die

Einführung eines befonberen babifden Grenglanbausichuffes

beim Staatsministerium angeregt und erwirkt, bessen Aufgabe es sein soll, die durch die neue Rheingrenze entstandenen und entstehenden kulkurellen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden nachzuweisen und seitzussellen und andererseits Borschläge über den Schadenausgleich dem Neich und dem Lande zu machen.

Es darf weiter anerkannt werden, daß heute, wo man meistens nur von Zentralisterung der Verwaltung in Berlin hört, für Baden auf einem bestimmten Gebiet eine umgestehrte Entwicklung zu konstatieren ist, nämlich eine Dezentralisation. Durch Bereinbarung zwischen dem Herrn Reichsstinanzminister und dem badischen Minister der Finanzen ist, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags, mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 an

bie Reichsbauverwaltung in Baben aufgehoben.

Die Geschäfte der Neichsbauämter sind ben badischen Bezirksbauämtern übertragen worden. Infolgedessen mußten einige Reichsbaubeamte, soweit sie Badener waren, in den badischen Staatsdienst übernommen werden. Die betr. Stellen sind im Staatsvoranschlag angesordert. Ich begrüße diese Dezentreilistion, umsomehr als diese Wahnahme beiden, nämlich dem Reich wie dem Lande Baden finanzielle Ersparnisse dringt. Die Regelung ist zunächst nur ein Bersuch in Baden; gelingt der Bersuch, so wird er wohl auch in anderen Ländern durchzgesiblert werden.

Anderseits ift aber auch festzustellen, daß das Reich fortsesetst Mahnahmen trifft, welche entweder die Einnahmen der Länder nindern (ich erinnere an die Minderung der Gebühren der Rechtspflege; für Baden jährlich 5 000 000 Reichsmarf weniger), oder welche den Ländern neue Lasten auferlegen. Ich derweise auf die neuen nicht unerheblichen Kosten für die Einführung der Arbeitsgerichte, für die Befämpfung der Geschlechtskrantheiten und für das bevorstehende Keninerberforgungsgeset. Auch die Besoldungserhöhung darf hier erwähnt werden. Zwar hätte das Land Baden schon von sier erwähnt werden. Zwar hätte das Land Baden schon von Geseich vom 13. Juli 1927 unabhängig von einer Keichsregelung den Besoldungsgruppen I—VI eine zehnprozentige Erhöhung ihrer gesamten Bezüge zugebilligt hatte. Aber hinsichtlich des Grades der Erhöhung bedeutet die reichsrechtliche Keuregelung eine mahgebende Bindung des Landes zu erhöhten Ausgaben. Auch die Erhöhung der Bostgebühren belastet das Budsget mit jährlich über 600 000 RM mehr.

Gang befonders aber ift gu beklagen, bag bas Reich immer mehr und mehr in bie Eigenstaatlichkeit ber Länber eingugreifen verfucht.

Außer dem Steuervereinheitlichungsgesch, gegen dessen vertassindsernde Tenbenz das Land Baden im Reichsrat entschieden Stellung genommen hat und außer der Einführung eines. gemeinsamen Landesarbeitsamts für mehrere süddeuhsche Länder, weise ich darauf hin, daß der Herr Keichsberschieden Tenbeschichtigt, für den ganzen Stromsauf des Rheins eine einheitliche Reichstrombauverwaltung, nicht bloß in der obersten Instanz, sondern auch in der mittleren und untersten Instanz einzusühren. Baden muß vom Standpunkt der Eigenstaatlichteit der Länder die schwersten Bedenken gegen diese erneute Ausdehnung der Reichskometenz erheben. Werden Reichsstrombaudmter dis in die unterste Instanz erräcket, so werden die entsprechenden dadischen Organe kaum wegsalken sounen. Es werden die Landess und Keichsämter nebeneimander, vielsach seigen des den gegeneinander arbeiten. Auf alle Källe wird, wie sich das bei der schernahme der Kost und ber Sierwönden gezeigt hat, auch gier ein badisches Organ notwendig sein zur Kontrolle darüber, daß das Keich seine Kerpflichtungen auch auf dem Gebiet der Strombauverwaltung erfüllt. Es ist außerdem sehr zu besürchten, daß dei einer Jusammenlegung der ganzen Abeindamberwaltung die Insternsen der Kanterhein des habischen Oberlandes vernachseisischen Wegen der räumlichen Entsernung von Berlin. Des weiteren bin ich der Meinung, daß sich die Insteressen des badischen Lobersandes vernachseisischen Leichen Leichen, a. B. landwirtschaftliche Belange, Oochwisserschub, Krastausmuhung, Entnahme von Basser sür, ausselseich dieser verschiedenartigen Interessen kann angeben, wie der Art. 97 Abs. 3 ber Keichserfassung anerkennt. Der Ausgleich dieser verschiedenartigen Interessen kann nicht durch eine Rehrheit von Behörden gleicher Intanz, sondern in der unteren und mittleren Instang erschwert die Geschäfte und bermecht den Auswahlang auch mit dem Etnahmes eine Andesseheit auf dem Gebiete der Vereinden Anterssen der Auswahler der Behörden eine Rehrheit von Behörden in der unteren und mittleren Instanz erschent die

Eine weitere Beengung der Länderfreiheit betrifft das Ge-

Muslanbsanleihen.

Es ist allerdings durchaus zuzugeben, daß währungspolitische und volkswirtschaftliche Gründe uns zwingen, möglichst wenig Anleihen im Ausland aufzunehmen. Das gilt nicht nur sür Anleihen in fremder Währung, sondern auch für solche Auslandsanleihen, welche in Keichsmarkwährung aufgelegt werden. Auch hier besteht die große Gesahr, daß die deutsche Wart, welche ins Ausland wandert, im Ausland dazu benutzt werden kann, die deutsche Währung zu drücken. Die Länder haben disher die Berpflichtung gehabt, dei Auslandsanleihen das Gutachten der Berliner Beratungsstelle einzuholen. Ohne deren Genehmigung wird es in den meisten Fällen mindestens satisch unmöglich sein, Geld im Ausland zu erhalten. Auch hatte und hat es der Reichskinanzminister in der Hand, die Auslandsanleihen nicht von der beschränkten Einkommensteuerpflicht besteit. Sest aber haben sich die Länder stärter als disher berpflichtet, sich dem Gutachten der Beratungsstelle zu unterwersen. Benn man auch gegen diesen Gedanten aus Gründen des Gesamtwohl nichts wesentliches einwenden will, so muß wenigstens das eine verlangt werden: Es müssen übergangsbestimmungen getroffen werden, nach denen Auslandsandeihen wenigstens noch möglich sind für die zur Zeit bestehenden turzfristigen Auslandsschulden des Landes und besonders der Gemeinden. Ohne diese Abergangsbestimmungen würden diese öffentlichen Körperschaften in die schwierigste Lage fommen. Auch sollte die Kroduttivität des Wohnungsbaus und seine Beleihungsfähigleit mit Auslandsgeld anersannt werden. Eine Ungleichkeit in der Behandlung der Auslandsanleihen besteht noch insoferen, als auch die neuen Richtslandsanleihen besteht noch insoferen,

linien des Reichs noch nicht für die Privaten gelten. Private Darlehenssucher können also unbehindert durch das Neich Antehen im Austand suchen. Und iatsächlich betrug nach dem Stand vom October 1927 die langfrisige Aussandsverschuldung der Privaten 3,7 Milliarden und die der öffentlichen Dand 1,5 Milliarden, zusammen 5,2 Milliarden. Die vom Reich gegebene Begründung, daß der Private vorsichtiger sei als die öffentliche Dand und daß er die Napitalaufnahme nicht weiter ausdehne, als seine eigene Kapitaltraft zulasse und die darans gezogene Folgerung, daß die Private wersichtiger und die darans gezogene Folgerung, daß die Privaten und sie darans gezogene Folgerung, daß die Privaten müsse, wird von der badischen Regierung nicht gebilligt, insosern als darin ein gewisses unbegründetes Wistrauen gegen die öffentliche Jand liegt. Das eine ist allerdings zuzugeben: Damit, daß die Produktivität einer Auslandsanleihe nachgewiesen ist, solgt noch nicht die Kotwendigkeit, einer Auslandsanleihe. Diese ist erst sessen im Stat gestrichen und die dabei gewonnenen Ersparzaden im Stat gestrichen und die dabei gewonnenen Ersparznisse an Stelle der gewünsichten Auslandsanleihe berwendet werden können. Die öffentliche Huslandsanleihe berwendet werden können. Die öffentliche Huslandsanleihe betriebe der Friede privatwirtschaftlicher Art. Es wäre ungerechtsertigt, Auslandsanleihen solcher wirtschaftlichen Betriebe der Krivaten.

Das letzte Ziel muß sein: Werte, welche aus dem Ausland hereinfließen, in irgend einer Form wieder auszuführen, und andererseits die 3. It. auf Leihkapital aufgebaute Wirtschaft sobald als möglich auf deutsches Kapital zu basieren.

Anberung bes Finangausgleichs mit bem Reich

handelt es sich auch um die Frage, ob der Ausgleich ein Individualausgleich sein soll, d. h. ein solder, der die Söhe der Aberweisungen abhängig macht von dem Bedarf des einzelnen Landes. Ich persönlich könnte einem solchen Individualausgleich nicht das Wort reden, denn wenn die Neichsüberweisungen nach dem Bedarf des einzelnen Landes sich richten sollen, dann wird zunächst eine Kritik darüber eintreten, ob das leistungsunschige Land genügend gespart und seine Bewaltung vereinsacht hat und ob es auch genügend eigene Landessteuern erhebt. Eine solche Kritik von Land zu Land oder vom Neich aus wird unfruchtbar sein; sie führt zu Kampf und zu Verstittungsunschieden.

aus wird unfruchtbar sein; sie sührt zu Kampf und zu Verstimmungen, und boch zu keinem Ergebnis.

Den Finanzausgleich nach Waßgabe des Bedürfnisses zu berlangen, heißt serner: eigentlich von unitaristischen Voraussiebungen ausgehen; denn nur ein einheitlicher Staat wird seine Einnahmen ohne Rücksicht auf den Ort des Auskommens so verteilen, wie die Bedürfnisse der einzelnen Landesteile dies erfordern. Der Finanzausgleich nach Waßgabe des Bedürfnisse führt sodann selbstwertändlich auch zu einer Kontrolle seitens des Keiches darüber, daß die überwiesenen Gelder auch dem Bedürfnis entsprechend verwendet werden. Wan wird daher den gleichmäßigen Ausgleich bevorzugen müssen. Das soll aber nicht hindern, daß der Gesamtheit der Länder ein gewisses Mindestaussommen an Keichsüberweisungen garantiert wird.

Gin gleichmäßiger Finanzausgleich schließt übrigens nicht aus, daß Länder, welche durch einheitlich zu vertretende besondere Umstände besonders gelitten haben und leiden z. B. das vom Femd immer noch besetzte Gessen, eine vorzugsweise Berücksichtigung ersahren.

Der beste Finanzausgleich besteht aber nicht darin, daß das Reich den Ländern Steuersummen überweist, sondern darin, daß das Reich den Ländern wieder die Steuern zurücksibt, deren sie notwendig bedürfen. Es ist ein Umweg, daß Steuern, welche im Lande aufsontmen zunächst nach Berlinflieben und dann wieder zu 75 Proz. an die Länder zurücklaufen. Auf alle Fälle bedeutet das zunächst eine Verspätung in der Einlieferung dieser Gelder an die Landeshauptkaffe und eine Vermehrung des Schabwechselbedarfs, unter welcher die Länder bleiben. (Fortsehung der Rede in der Beilage.)

Reue deutscheruffische Wirtschaftsverhandlungen

M. Berlin, 25. Jan. Rach Blättermelbungen ift auf beutsche Aufforberung hin die russische Regierung bereit, zur weiteren Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rusland Besprechungen in auleieten. Auf beutscher Seite weist man besonders darauf bin, daß die beutsche Einsuhr aus Rusland gestiegen, dagegen die deutsche Ausstuhr nach Rusland zurückgegangen ist. Man rechnet mit Besprechungen im Februar. — Diese Mittellungen werden an zuständiger Stelle bestätigt.

Botichafter von Prittwit und Gaffron in Rew Port

BTB. New Vort, 25. Jan. (Tel.) Der hier eingetroffene neue deutsche Botschafter für Washington von Prittriß und Gaffron erklärte Vertretern der Presse: Es ist nicht mein erster Besuch in Amerika, da mir bereits zu Beginn meiner diplomatischen Laufdahn ein mehrjähriger Ausenthalt in Washington bergönnt war. Es wird mein besonderes Bestreben als deutscher Votschafter in Washington sein, das neue Amerika erneut kennen zu sernen und dafür Verständnis meinem eigenen Lande zu übermitteln, während ich gleichzeitig die Anschauungen und Bestrebungen meines eigenen Landes in Amerika vertrete. Dadei werde ich den großen Traditionen meines Vorgängers und Freundes, des Freiherrn d. Malhan, folgen, der mir gegenüber wiederholt seine Bewunderung und Runesaung au Amerika äuserte.

die Anschauungen und Bestrebungen meines eigenen Landes in Amerika bertrete. Dabei werde ich den großen Traditionen meines Borgängers und Freundes, des Freiherrn v. Malhan, folgen, der mir gegenüber wiederholt seine Bewunderung und Juneigung zu Amerika äußerte.

Der Hapagdampser "Albert Ballin", mit dem von Brittwitz und Gaffron die Übersahrt machte, hatte gestern abend am Bier angelegt. Schon beim Eintreffen in der Quarantänesstation wurde der Bolschafter von zahlreichen Bertretern der Bresse sowie dem deutschen Geschäftsträger, Dr. Kien, begrüßt. Am Bier wurde der Bolschafter von der Gattin des Bertreters der bereinigten deutschen Gesellschaften, hermann Metz, dem Präsidenten der deutschamerstansischen Handelskammer, dem gesamten Stad des Generalsonsulats empfangen. Auf dem Oberdes des Dampsers machten Zeitungsphotographen von dem Bolschafter und seiner Familie zahlreiche Bliblichtausen

Die Randidatur Dr. Luthers

BTB. Effen, 25. Jan. (Tel.) Entgegen der Meldung eines Berliner Blattes, daß die Kandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Luther im Bahlkreis Düffelborf-Oft von den örtlichen Parteiinstanzen der Deutschen Bolkspartei abgelehnt worden sei, erfahren wir von volksparteillicher Seite, daß die Meldung den Tatjachen in keiner Beise entspricht. Die örtlichen Parteiinstanzen sind im Gegenteil sest entschlossen, an der Kandidatur Dr. Luthers sestandalten. Am kommenden Sonntag wird Dr. Luthers sestandalten. Am kommenden Sonntag wird Dr. Luther dereits in einer großen Versammlung der Deutschen Bolkspartei in Essen sprechen

Berhaftung Des tommuniftifden Abg. Marth

BTB. Baris, 25. Jan. (Tel.) Die Polizei hat heute Nacht den kommunistischen Abg. Marth, der zur Berbützung des Restes seiner Gefängnishaft gesucht wurde, in Boulognefur-Seine verhaftet. Reueinordnung der Gefrierfleifchtontingente

BD3. Berlin, 25. Jan. (Tel.) Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft stand Dienstag in einer Sitzung des Beirats für die Gefriersleischverzorgung das Gutachten des Enquete-Ausschusses über die Auswirtung der Gefriersleischsontingentierung auf die Breisbildung des Gestriersleischsontingentierung auf die Breisbildung des Gestriersleisches im Groß- und Kleinhandel zur Erörterung. Die an der Frage beteiligten Gruppen sowie die Bertreter den der Frage beteiligten Gruppen sowie die Bertreter den Borschlägen des Gnquete-Ausschusses über die Reubersteilung der Kontingente im einzelnen Stellung. Der Beirat ben Borschlägen des Enquete-Ausschuffes über die Renderteilung der Kontingente im einzelnen Stellung. Der Beirat
hielt es für ratsam, im großen und ganzen an dem disherigen
Berteilungsspitem festzuhalten und die Moermachung der
Preisgestaltung im Große und Kleinhandel bei den Bentrolle
fo ausschhren, daß den Borschlägen des Enquete-Ausschuffes
so weit als möglich Rechnung getragen wird. Ferner wurde
erörtert, inwieweit es möglich ist, den Anregungen des Enquete-Ausschuffes hinsichtlich der Einfuhr und Reuberteilung
nicht wirtschaftlich erscheinender Kontingente nachzusommen. nicht wirtschaftlich erscheinender Kontingente nachzukommen. Bur Prüfung dieser Frage wurde eine fleine, aus Bertre-tern der einzelnen Interessentengruppen bestehende Kom-mission eingesetzt, die sich bereits im Ausschuß an den Be-sprechungen über die Reuberteilung der Kontingente betel-

Die polnifden Wahlen

WTB. Warschau, 25. Jan. (Tel.) Gestern abend ist der Termin der Einbringung der Reickslisten der Karteien, die sich zur Seim-Rahl stellen, abgelaufen. Insgesamt wurden beim Wahlkomitee 33 verschiedene Listen angemeldet. "Epoca" derzeichnet das Gerücht, daß die Listen der Kommunisten und der Linkssozialisten von der Hauptwahlkoministen und der Linkssozialisten von der Hauptwahlkoministion wahreschied als ungültig erftärt werden würvent, angeblich weil ein großer Teil die gesehlich erforderlichen Unterschristen nicht enthält dzw. von einer Hand hergestellt worden sind.

Der litanifche Minifterprafident in Berlin

WTB. Berlin, 25. Jan. (Tel.) Der litauische Minister-präsident, Krof. Dr. Woldemaras, traf heute früh 8,40 Uhr, begleitet von seiner Gattin und dem Ministerialdirektor im litauischen Außenministerium, Dr. Zaunius, auf dem Bahn-hof Friedrichsstraße ein. Zum Empfang hatten sich der litauische Gesandte mit dem gesamten Personal der Gesandt-schaft, der zur Zeit in Berlin weisende deutsche Gesandte in Kowno, Mohrat, der Chef des Krotofolls, Gesandter Köster und Graf Bassewis vom Auswärtigen Amt auf dem Bahn-steig eingefunden. fteig eingefunden.

Der deutich-frangofifche Sandelsvertrag

ift am Dienstag der frangofifden Rammer gur Billigung gugelettet worden. Die Begründung lautet wie folgt:
Das Abkommen stellt vom juristischen wie auch vom polistischen Standpunkt aus das vollkommenste Instrument dar, das zwei Regierungen seit dem Kriege verwirklicht haben. Es war in der Lat von Bedeutung, daß eine verbesserte Regelung an die Stelle gewisser Bestimmungen des Berfailler Bertrages trat, die seit dem 10. Januar 1925 hinfällig geworden waren, und daß diese Regelung von dem Geift einer für die Entirid-lung der zwischen den Ländern notwendigen Zusammenarbeit bis zur Wiederherstellung normaler Beziehungen in Europa getragen war. Weil das am 16. August 1927 abgeschlössene Abkommen sich von dieser Auffassung leiten läßt, und diese Bemühung verwirklicht, hat die Regierung die feste Hoffnung, daß dieses Abkommen vom Parlament gebilligt werden wird.

Das Schidfal der Fememorder

Am letten Samstag find die im Bilmsprozeß zum Tode berurteilten ehemaligen Mitglieder der fog. "Schwarzen Reichs-wehr", Oberleutnant a. D. Schulz, Rlapproth, Umhofer und Buhrmann, nachdem ihre Revision vom Reichsgericht verwor-fen worden war, aus dem Untersuchungsgefängnis in Moabit nach der Strafanstalt Blötensee übergeführt und in den so-genannten Mörberzellen untergebracht worden, in benen sonst diejenigen Berurteilten bewacht werden, deren hinrichtung be-

Die Berteidigung hat fich telegraphifch an ben Reichsprä-fibenten, an ben preufischen Justigminister und ben Brafibenten bes Strafvollzugsamts gewandt und barauf hingewiefen, daß die Internierung in Plötense nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche, da die Berteidigung einen Antrag auf Biederaufnahme des Berfahrens gestellt habe, für dessen Einreichung eine Frist von drei Wochen gewährt worden sei.

In die Gnadenattion ift jest auch der Reichsjuftigminifter Bergt einbezogen worden, bei bem die Generale Teschner und b. Gontard boriprachen, um eine Intervention augunften ber Berurteilten gu erbitten. Außerdem haben ber Rationalberband beutscher Offigiere und der Deutsche Offigiersbund fich beim Reichswehrminifterium fur Schulg und Genoffen berwendet. Das Behrministerium hat fich nicht ablehnend verbalten.

Eine Entschließung des preußischen Staatsministeriums darüber, ob von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist, wie der "Amtl. Kreuß. Kresselbienst" mitteilt, noch nicht erfolgt; vielmehr ist das zur Borbereitung dieser Entschließung erforderliche Gnadenversahren noch nicht abgeschließen. Aus der Tatsache, daß die Berurteilten nach Kechtstraft des Urteils aus dem Untersuchungsgesängnis in das Strassesängnis Plöhensee übergeführt korden sind, kann ein Schluß auf den Ausgang des Gnadenversahrens nicht gezogen werden. Rach den Borschriften für den Strasvollzug hat sich sehr, nachdem die Urteile Rechtstrast erhalten haben, der zuständige Oberstaatsanwalt darüber zu äußern, ob elle Urteile vollstrecht werden sollen oder nicht. Er hat seinen Bericht dem Generalstaatsanwalt vorzulegen, der ihn mit seiner Stellungnahme dem Beauftragten für Gnadensachen zugehen läßt Bon diesem erhält dann der preußssche Zustizminister die Berichte zur Entscheidung und zum Bortrag im Minister-Gine Entichliegung bes preugifden Staatsminifteriums die Berichte gur Entscheidung und gum Bortrag im Minister-rat. Wie dem "B. T." berichtet wird, werden sowohl der Oberstaatsanwalt wie auch ber Generalftaatsanwalt eine Boll-stredung ber Todesurteile nicht empfehlen. Es ift also wahricheinlich, daß die Staatsregierung bon ihrem Begnabigungsrecht Gebrauch machen wird.

Der Memelländische Landtag hat einen Dringlichkeitsantrag angenommen, in dem öffentlich Protest gegen das Berhalten des litauischen Gouberneurs gegenüber dem Landtag erhoben wird. Die Beröffentlichung des Antrags wie überhaupt der Berhandlung über diesen Gegenstand wurde der memelländischen Profes unter der fchen Breffe durch die Benfur unterfagt.

Preuhens Berwaltungereform

Gelegentlich einer Unterhaltung mit einem Mitarbeiter bes "B. Z." machte ber preußische Innenminister Erzesinsti Mitteilungen über Preußens Berwaltungsreform.

Rad einem hinweis auf die bereits erfolgte Bermaltungs. bereinfachung burch Busammenlegung von Stadtgemeinden wird angefündigt, daß die Sauptarbeit bes Jahres 1928 bem wird angeinnorgt, das die Paubtarveit des Julies 1025 dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk gelten werde. Das Krin-zip, Selbitkreise zu schaffen, bleibt nach den begonnenen gün-stigen Ersakrungen bewahrt. Nach einem vom 26. November vorigen Jahres dem Landtag zugegangenen Gesehentwurf soll eine Stadtgemeinde Buer-Gessenkreis Dartung die Stadt nern gebildet werden. Der Landfreis Dortmund, Die Stadt Hern gebittet werden. Det Landerer Gemeinden werden in den Stadtfreis Dortmund aufgenommen, der dann 468 697 Einwohner zählen wird. Aus den Stadtgemeinden Caftreb-Rauzel und der Stadt Lünen werden nach einigen Eingemeindungen felbständige neue Stadtfreife. Ahnliche Aufgaben stehen in diesem Jahre für den Regierungsbezirf Düsseldorf und dem Regierungsbezirf Münster zur Lösung. Diese Resor-men werden sontinuierlich durch ganz Preußen fortgeseht werden. Nach einer oberflächlichen Schätung dürsen durch die borliegenden Ein, und Umgemeindungsvorschläge eiwa 1000 Kommunalbeamten eingespart werden. Wesentlicher noch ist die Vereinsachung des Verwaltungsganges. Die Klagen binsichtlich der Entsaben und Erffapen liegen schwieriger hinsichtlich der Enklaven und Exklaven liegen schwieriger, ba die Enklaven das Dreifache der Exklaven Preugens betragen und die Ablösungen und Kompensationen erhebliche Schwierigkeiten bereiten werden. Die Beibehaltung ber Oberspräsidenten halt ber Minister für notwendig.

Bur Sperrung des Pfälzer Waldes

Die "Pfälzische Breise" schreibt zur Erklärung des schön-tien Teiles des Pfälzer Waldes zur Gesahrenzone durch die Besatungsbehörde u. a., es sei absolut nicht einzusehen, warum mit einemmal nach neum Jahren Besetung ausge-rechnet in den am meisten besuchten Teilen des Pfälzer Wal-des Schiehübungen abgehalten werden müßten. Necht merk-würdig mute auch an, daß erst drei Tage der Inkrafttreten der Sperrung mit den deutschen Behörden darüber verhan-delt werde. Das Blatt empfiehlt sodann den in Frage kom-menden Berliner und Koblenaer Stellen eine größere Offen-

delt werde. Das Blatt empfiehlt sodann ben in Frage kommenden Berliner und Koblenger Stellen eine größere Offensherzigkeit. Die Bebölkerung des beseihen Gebietes wolle endlich auch sehen, daß etwas für sie gekan werde.

Die "Reue Pfälzische Landeszeitung" in Ludwigshasen schreibt u. a.: Die Franzosen sollten sich wirklich schämen, daß sie im Jahre 1928 noch derartige Schießübungen im beseisten Gebiet abhalten, die jede menschliche Kücksicht vermissen lassen wann nan nicht wühre, daß es außer diesem militärischen auch noch ein anderes, ein friedfertiges Frankreich gebe, das in Bälde schon an der Hertschaft sein könnt, dann müsse übeses unberechtigte Borgeben dazu sühren, die Hossiung auf eine umfassende beutsch-ranzösische Berständigung zu vernichten. Auch dieses Blatz verlangt dringend ein Einschreiten der Reichsregierung. Ginfdreiten ber Reichsregierung.

Näumungsfrage und frangösisches Kabinett. Jules Sauer-wein, der politische Leiter des "Matin", veröffentlicht im "Mainzer Anzeiger" einen Auffah über die politische Stabili-sierung Frankreichs, in dem er schreibt: Ich kann versichern, daß innerhalb des französischen Kinisterrates neun Stimmen gegen bier Stimmen für eine Abfürzung ber Raumungefriften find. Das hinziehen ber ban beiter beiter aus übrigens nublofen Befetjung beutschen Gebietes läßt fich auf die Dauer nicht in Einklang benignen mit einer Politik, die darin besteht, Deutschland bei der Lösung aller großen europäischen Fragen hinzuzuziehen und es bei den Genfer Berhandlungen biermal im Jahre auf dem Wege der Gleichberechtigung zu behandeln.

Auflösung bes Gemeinberates von Sagenau. Der fran-Auflösung bes Gemeinberates von Hagenau. Der französische Ministerrat hat auf Borschlag Boincarés sein Detret
betreffend die Auflösung des Gemeinderates von Hagenau
(Elsaß) wegen seiner Haltung in der Autonomistenbewegung
genehmigt. Dem Gemeinderat wird zur Last gelegt, die zwei
von den radikalen und sozialistischen Gemeinderäten vorgelegten Entschließungen abgelehnt zu haben, von denen die eine
die Wiederherstellung der vor 1870 im Gebrauch gewesenen
Eindsfarben sorderte, die andere eine Glückwunschabresse an
die Regierung ausgählich ihrer Maknahmen gegen die Autobie Regierung anläglich ihrer Magnahmen gegen die Auto-

nomistenbewegung. Die beutichen Rationalfogialiften ber Tichechoflowatei haben einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Auße-rung des Präsidenten Masarof zurückgewiesen wird, daß es die Aufgabe des deutschen Boltes sei, sich in verschiedenen Staaten auszuwirken. Die natürliche Bestimmung eines jeden Boltes sei, sich zu einem nationalen Einheitsstaat auszuleben. Die Partei nimmt auch für das deutsche Bolt dieses Recht in Anspruch. Der tschechoflowatische Staat erfüllt den nicht tschechischen Bölkern gegenüber nicht einmal die in den Frie-densverträgen vorgesehenen Bestimmungen des Minderheiten-

Bur Lage in ber mittelbeutiden Metallinbuftrie. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie erinnerlich, ben Schieds-fpruch in bem mittelbeutschen Metallarbeiterftreit nicht für berbindlich erklärt. Es hat sich dabei von dem Amstand bestimmen lassen, daß die Kluft zwischen den Forderungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber so groß war, daß eine Einigung ausgeschlossen erschien und weil inzwischen auch etwa 25 000 Arbeiter in den Streit getreten waren. Das Neichsarbeitsministerium beobächtet den Fortgang der Angelegenheit weiter und hofft, im geeigneten Augenblick zu einer Verständigung beitragen zu können. bigung beitragen gu fonnen.

Die nachfte Lanbertonferens wird nach einer Münchener Information bes "Frantischen Kurier" boraussichtlich im Juni ober Juli ftattfinben.

Rennzeiden für beutide Rraftfahrzeuge. Der Reichsverband ber Automobilindustrie wird in den nächsten Tagen einen Wettbewerb ausschreiben zur Erlangung eines am Automobild anzubringenden Kennzeichens für aus deutschen Werken stammenden Kraftschrzeuge, das den deutschen Automobilfabriten zur Berwendung übergeben werden soll. Die Führung des Preisrichterkollegiums hat Reichskunstwart Dr. Redslob über-

Kündigung des Arbeits- und Lohnabkommens im Ruhrberg-bau. In einer in Effen stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der Bertreter der vier Bergarbeiterverbände wurde beschlossen, das Arbeitszeitabkommen für den Ruhrbergbau und die Lohn-ordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 zu lün-

Diebstahl im preußischen Landtag. In der Nacht zum Dienstag wurde im deutschnationalen Fraktionsburo im preußischen Landtag ein Einbruch verübt. Die Einbrecher durchstöberten sämtliche politischen Atten. Im einen Einbruchdiebstahl vorzutäuschen, stahlen sie Wertgegenstände der Ses

Die Etatsdebatte im Reichstag

28TB. Berlin, 24. Jan.

Brafibent Lobe eröffnet bie Gibung.

Die erfte Beratung bes haushafteplanes für 1928

Abg. Rody-Befer (Dem.) erflart, er wolle im Intereffe ung. Rog-Weser (Dem.) erflart, er wolle im Interese einer gesunden Arbeitsteilung die Oppositionsreden gegen die Regierung den Regierungsparteien überlassen. Dem Abg. Dr. Quaah erwidert der Kedner, daß es sich dei den Studenten, gegen die sich der preußische Kultusministet gewandt habe, nicht um eine großdeutsche, sondern um eine antisemitsche Bewegung handele. Die Berfassung habe alle Bege zum Tinheitsstaat freigemacht. Man müsse nur die verfassungs-Sinheitsstaat freigemacht. Man musse nur die verfassungs-mäßigen Rechte gebrauchen. Seine Partei gehe von der Mot-wendigkeit aus, die Selbstverwaltung der einzelnen Landes-teile zu stärken und dem Bürofratismus zu Leibe zu gehen. Zum Einheitsstaat somme man auf seben Hall, wenn man aber zögere, somme man zum bürofratischen Einheitsstaat. Alle Konfliste mit Bahern seien nicht über Zuständigkeits-fragen, sondern wegen des Souveränitätsdünkels in Angern entstanden. Daß der baherische Ministerpräsident eine Ein-ladung beim Keichspräsidenten aus irgend einer Verstim-mung heraus im letzen Augenblid abusgagen wage, sei mit nung heraus im leiten Augenblid abzusagen wage, sei mit feiner Stellung nicht vereinbar. Der Nedner betont, daß eine Bersonalunion zwischen Reich und Preußen gleichzeitig eine Entrechtung Preußens bedeuten würde. Mit Genugtuung stellt der Redner sest, daß sich auch die Deutsche Boltspartei für den dezentralisterten Einheitsstaat erklärt habe. Mare kann einmal, so erklärt er weiter, ohne bie Sozialdemokraten regieren, aber nicht gegen die Sozialdemokratie. Das Jahr beutschnationaler Ministerherrlichkeit hat dazu geführt, die

beutschnationaler Ministerherrlickeit hat bazu geführt, die Sozialdemokraten zu stärken und zu radikalisieren.
Reichswehrminister Eröner erklärt, die Reichsregierung werde sich dis zur Beratung des Reichswehreiats darüben schüssig werden, ob der Saemische Bericht zur Khoedus.
Affäre veröffentlicht werden soll oder nicht.
Abg. Torgler (Komm.) wendet sich gegen die Ausführungen der Abg. Frau Golke. Sinter Frau Golke ständen nur ein paar Duhend Arbeiter. Auch sie würden dald wieder zur

Abg. Menkel (Ontl.) verlangt größeren Schut für den ge-werblichen Mittelstand gegen die Konfurrenz des Sausier-handels und gegen die Selbstversorgungsbetriebe der Beamten. Damit ichlieft bie allgemeine Ausiprache.

Der Antrag Stöder (Romm.) auf Borlegung bes Sämisch-Berichtes zur Phoebus-Affare wird im Sammelsprung mit 178 gegen 148 Stimmen abgelehnt. Dafür haben mit ber Linfen auch die Bolftischen Gruppen und die Mitglieder bes Baber. Bauernbundes gestimmt.

Hierauf wird die Aussprache über bie Ruhrentichabigung ber Inbuftriellen

fortgeseht. Abg. Rosenbaum (Komm.): Die Reichsregierung füge gut Ausplünderung der werktätigen Maffen noch den hohn und

Ministerialdirettor Dr. Dorn erflärt, die Regierung habe im Anschluß an die Ausschusteratungen zur Ruhrentschädigung eine Summe von 30 Millionen zur Unterstühung der ge-schädigten Mittelstandskreise und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Aus-

Abg. Dr. Hert (Soz.) weist die Behauptung zurück, das der sozialdemokratische Minister an der Bewilligung der Nuhrentschädigung für die Industrie beteiligt gewesen sei. Die sozialdemokratische Fraktion habe vielmehr dann als erste die Untersuchung dieser Angelegenheit gesordert.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) begründet solgenden Antrag chuffes erfüllt worden.

"Der Reichstag mißbilligt auf das Schärfste die von dem Untersuchungsausschuß festgestellten Borgänge". Abg. Lindeiner (Dntl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Herb. Der Auhrindustrie könne man aus ihrem großzügigen Anerdieten in jener schweren Zeit keinen Bor-

Abg. Effer (3.) erklärt, die Debatte habe keinen Anlaß gegeben, das Botum des Ausschusses irgendwie zu ändern. Das Jentrum beantragt deshalb mit Unterstützung der übrigen Regierungsparteien: Der Reichstag nimmt den Bericht des Ausschusses entgegen und schließt sich dem Botum des Ausschusses

idmifes an. Damit schließt die Ausspracke. Präsident Löbe erklärt, der kommunistische Antrag, der die für die Ruhrentschädigung verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof stellen will, könne nicht zur Abstimmung kommen, weil er nicht die in einem solchen Falle erforderlichen

100 Unterschriften habe Der fogialbemofratifche Untrag, ber bie Gingiehungen ber Mbergahlungen und ihre Berteilung an die geschädigten Gewerbetreibenden und Arbeitgeber verlangt, wird in nament-licher Abstimmung mit 198 gegen 178 Stimmen abgelehnt. Dafür simmten mit den Sozialdemotraten auch die Kommuniften, Bollifden, Die Birtichaftspartei und ber Banerifche

Bauernbund. Rach Ablehnung aller weiteren Antrage wird ber Antrag ber Regierungsparteien auf Anerfennung des Ausschufgvotums

Das Saus vertagt fich auf Mittwoch, 15 Uhr.

Verschiedenes

Ginfturg eines Reubaues in Raffel BIB. Kaffel, 25. Jan. (Tel.) Beute vormittag, furz bot 11 Uhr, ereignete fich in der Stiftsstraße im Stadtteil Betten-hausen, wo ein Reubau der Firma Karstadt A.-G. ausgeführt hausen, wo ein Neubau der Firma Karstadt A.-G. ausgeführt wird, ein schweres Einsturzunglück, bei dem ein Arbeiter gestötet, einer schwer und einer leichter verleht wurden. Das Unglück ist darauf zurückzusühren, daß der Neubau provisorisch mit einem Dach versehen worden war, daß infolge des gestrigen starten Regens Wasser durchlief und einen der Bestonpfeiler zum Einsturz brachte. Als ein Maurerpolier heute vormittag den Schaden des Daches besichtigen wollte, sah er beim Heruntersteigen, daß eine der sechs Betonsäulen, die den ganzen Bau tragen, gesplittert war. Er rief den Arbeitern zu: "Sofort alles aus dem Bau heraus, das Haus fürzt ein!" Kaum hatten die meisten Arbeiter den Bauplat verlassen, als auch schon das ganze Gebäude zusammenkrachte.

Die Ziehung ber Bab. Moten Arenz-Lotterie mußte leiden bom 13. Jan. auf 10. Februar verlegt werden, da der Bab. Lotteriemarkt nicht nur mit zahlreichen eigenen Lotterien, sondern auch mit fremden stark überschwennnt war. Lose sind noch bei Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Mannheim C 7-11 und allen Losverlaufsstellen zu haben. Der Losvorrat ist nicht mehr sehr groß und empfiehlt es sich, die Westellungen beschleunigt aufzugeben, da die Ziehung am 10. Februar gassertiete ehne Verlegung stattsinden wird. rantiert ohne Berlegung stattfinden wirb.

Stephanienstraße 94 Fernsprechanschl. 815, 816, 817 🗶 💢 Winschermann G.m. Kohlen | Koks | Briketts | Brennholz



Badischer Teil

Badischer Landtag

DB. Rarlerube, 24. 3an. (Fortjetung bes Berichts aus ber gestrigen Rummer.) Es folgt bie Begründung ber Förmlichen Unfrage ber Bürgerlichen Bereinigung betr.

Loderung ber Zwangswirtschaft im Wohnungswesen

Loderung ber Zwangswirtschaft im Wohnungswesen burch ben Abg. von Au.

Am 1. Juli v. I. habe der Landtag durch Mehrheitsbeschling die Regierung ersucht, die Loderung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen weiterzusühren. Dis jeht seien Wahnahmen in der gesorderten Richtung nicht getroffen worden. Der Medner fragt, ob die Regierung dereit sei, dem Mehrheitsbeschlink der Volksvertretung Rechnung zu tragen. Staatspräsident Dr. Remmete (als Innenminister): Es ist richtig, der Beschung des Landtags ist noch nicht wörtlich durchgesührt. Das hängt aber nicht damit zusammen, daß man die Entscheidung des Dauses einem misachten wollte. Schon vor längerem eingeleitete Verhandlungen zwischen Länderregierungen und Reichsregierung über Anderung des Mieterschutzgesehes und des Keichsmietengesehes haben sich in den letzten Wochen nach außen hin aktiv gezeigt. Zur Zeit wird im Keichsra über die Verlängerung und Anderung der beiden Gesetz verhandelt. Wer de Dinge ruhig abwägt, wird zugeben müssen, das es bei dieser Sachlage nicht opportun war und ist, im September oder sehr mit einer das dischen Sonderverordnung herauszusommen. Es wird abzuwarten sein, wie sich die beiden Gesetz entgüttig gestatten, bewor die Landesregierungen weitere Schritte unternehmen. Unter Sinweis auf die inzwischen gekroffenen Mahnahmen zur Vocheng der Mwangswirtschaft schließt der Minister mit der Erklärung, daß die Kegierung im Sinne des Mehrheitsbeschlusse lohal gehandelt hade. Es sei Vochorge getroffen, daß nach Korliegen der Reichsgesehe schnell gehandelt werden könne.

ben könne.

Abg. Freibhof (Soz.) begründet eine Förmliche Anfrage wegen der Eintragung des Grunds und Sausbesitzervereins Manuheim als "gemeinnübiger Berein" ins Vereinsregister. Die in § 1 Ziffer 8 der Sahungen niedergelegte Zwedbestimmung des Vereins verstohe gegen die guten Sitten.

Ministerialrat Dr. Weipert erklärt zur Beantwortung, daß die Verwaltungsbehörde nicht eingreifen könne. Es bleibe nur der Weg der gerichtlichen Nachprüfung der Nechtmäßigteit der Eintragung.

Die Aussprache über die Interpellationen erfolgt am Nachsmittag.

Brafibent Dr. Baumgartner teilt mit, daß bas Staatsministerium ben Finanzminister beauftragt hat, in ber heutigen

Staatsvoranschlag nebit Finanggefes vorzulegen. Es steht alfo die Etaterebe bebor.

In der nachmittagssitzung beantwortete Minifterialrat Dr. Scheffelmener eine Rurge Unfrage bes Abgeordneten Lang über bie Notlage bes Rehler Brudentopfes

"Bet der Ausschüttung von Reichsmitteln für das beseitst Gebiet handelt es sich um verschiedene Fonds. In erster Reihe kommt der im Haushalt des Reichsministers des Innern für 1927 ausgeworfene sogenannte Grenzsonds in Betracht, woben auf das Grenzland Baben als ganzes ein Anteil von 3% Millionen entsiel. Bon dieser Summe sind insgesamt 1 350 000 Reichsmark für das Gebiet des Rehler Brüdenkopfes ausgesichieden worden

Es besteht weiter ein laufender Fonds für kulturelle 3wede im besetzen Gebiet. Der Anteil Badens für das Jahr 1927 beträgt 23 000 RM, die bis auf einen geringen Rest auf die aus dem Brüdenkopfgebiet gestellten Anträge bereits berteilt

Von einem dritten Fonds für Arbeit und Wirtschaft in Sobe von 800 000 RM entfällt auf Baben nur ein Anteil von 4800 Reichsmark. Er ift zum Teil ausgeschüttet und über den Rest durch Stellung entsprechender Anträge verfügt.

Endlich wurde im Haushalt des Reichsministers für die besetzten Gebiete für 1927 ein einmaliger sogenannter 30 Milslionenfonds zugunsten sämtlicher besetzten und geräumten Gebiete Deutschlands ausgeworfen. Diervon sind nach Abzug des Arbeitnehmeranteils, welcher von dem genannten Reichsministerium unmittelbar den gewerkschaftlichen Spikenorganisationen zur Versügung gestellt wurde, auf Baden 400 000 RN entfallen. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete hat sich nicht darauf beschränft, dem Lande seinen Anteil zu hat fich nicht darauf beschränft, bem Lande feinen Anteil gu hat sich nicht darauf beschränkt, dem Lande seinen Anteil zu überlassen, sondern einen ins einzelne gehenden Unterverteilungsplan mit Angade des sehten Empfängers verlangt. Die Aufstellung dieses Unterverteilungsplans, an dem, der Zweckestimmung des Fonds entsprechend, nicht nur der Brückenkohf Kehl, sondern auch die geräumten Gebiete von Karlsrube, Mannheim und Offenburg beteiligt sind, hat bet der berhältnismöhig geringen Göbe des in Velracht sommens ber berhältnismäßig geringen Sohe des in Betracht fommen-ben Gesamtbetrags nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereitet, zumal unter den Beteiligten nicht völlige Abereinstimmung über die Berteilung und die Berwendungszwecke erzielt wer-ben konnte. Die detaillierten Anträge wegen der Berteilung bes badifchen Anteils find aber nunmehr bem Reichsminifter für die befetten Gebiete zugegangen." Dann besprach bas Saus

bie Interpellationen über bie Wohnungegwangewirtschaft ufw.

Ein Antrag ber Bürgerlichen Bereinigung, bahingebend: "Die Behandlung ber Förmlichen Unfrage betr. Loderung ber Bwangswirtschaft entspricht nicht den Unschauungen bes Landtages" wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Gin Gesuch des Freiburger Mietervereins zur Frage des Mieterschutzes nahm das Saus zur Kenntnis. Bei der nun folgenden Abstimmung über die Anträge der Kommunisten und der Deutschen Boltspartei, die sich gegen die Eröffnung der Lehrerbisdungsanstalten in Freiburg und Geibelberg wenden, wurden von den Koalitionsparteien abgelehnt.
Dhue Aussprache stimmte das Haus in beiden Lesungen den Geschentmürken beit Einschrönkung der Lettungeren beit

Gesehentwürfen beir. Einschränkung ber Zuftändigkeit ber Schwurgerichte für Strafbergehen und betr. Ermächtigung bon Mitgliedern oder Beamten der Jugenbämter zur Aufnahme bollstrechbarer Berpflichtungserklärungen zum Unterhalt unehelicher Kinder zu.

Ein Antrag Rühn (3tr.) betr. die Berwendung von Ber-forgungsanwartern im Reichs-, Staats- und Gemeinbedienst wurde durch die Magnahmen der Regierung für erledigt er-

Aber eine Eingabe bes Babischen Gastwirteverbandes betref-fend das Konzessionswesen ging das Haus gur Tagesordnung Dann trat Bertagung auf Mittwoch 9 Uhr ein. Schluß

Die Eingemeinbung von Dos beichloffen. Der Burgerausschaft der Tumult entstand. Blüdlicherweise konnte der Tumult entstand. Schaden balb wieder repariert werden. Die Ginigungsgegner, bie Bürgerpartei, bertraten äußerft icharf ihre Ansicht.

Aus der Landesbauptstadt

Bortragsabend Che. Schon bor einigen Tagen haben wir auf diese am 1. Februar in der Festhalle stattfindende Beran-staltung des Bundes für Deutsche Familie und Boststraft hin-gewiesen. Der Bortragsabend dürfte, aus der sehr ledhaften Nachstage nach Karten zu schließen, einen starken Besuch fin-den, wie bei dem heute so viel umstrittenen Thema Che ja den, wie bei dem heute so viel umstrittenen Thema Ehe ja kaum anders zu erwarten ist; besonders, wenn so bekannte und herborragende Redner zu Wort sommen. Dr. med. Wickern, Bielefeld, wird in seinen Aussührungen natürlich das Arztliche und Biologische hervorheben unter Berücksichtigung der Erkenntnisse unserer jüngsten, sast noch im Werden begriffenen Wissenschaft, der Bererbungssehre. Während die Rednerin, Frau Arukenberg-Conce dem weiblichen, fraulichen und mütterlichen Standpuntd Ausdruck geben wird, wird Prälat der Arent die ethischen und pädagogischen Momente in den Vordergrund seiner Betrachtungen stellen. Jedenfalls verspricht der Abend eine eindrucksolle Veranstautung zu werden.

Der vom Bund für Deutsche Familie und Bolfstraft veranftaltete Bortragsabend wird, wie wir erfahren, burch ein Orgelvorspiel eingeleitet werden. Berr Stadelhofer, Meifterschiller bes hern Direktor Philipp vom Babischen Konser-vatorium, wird die D-Moll-Tokata und Fuge von Bach dum Vortrag bringen.

Betternachrichtenbienst ber Babischen Lanbeswetterwarte Karlsruhe. Der Durchzug einer Druckrinne brachte heute nacht in Nord- und Vittelbaden Niederschläge bei zeitweise starken Südwestwinden. In den höheren Lagen herrschte Schneesturm. Auf der Rückseite der Druckrinne ist kühlete Luft nach Frankreite bergebrungen und hat dort zu Druckstutte und Aufseiterung geführt. auftieg und Aufheiterung geführt. Doch dürfte die Besse-rung nicht von langer Dauer sein, da auf dem Ozean bereits eine neue Depression im Anrüden begriffen ist. Boraussage für 26. Jan.: Bechselnd wolkig mit geringer Neigung zu Riederschlagsschauern, kühle, schwache, sübliche Winde.

TINTE & SCHMINKE Presse- u. Bühnenfest 1928

folgendermaßen:

am 4. Februar

In sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe

Eintrittskarten zu 10 RH sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:

Badischer Beobachter, Steinstraße 17 Badische Presse, Lammstraße 1b Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1 Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14 Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/23 Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten, In Industrie-, Handels- und Gewerbekreisen gelesen

Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe Bürgerl. Rechtspflege Berich, Befanntmachungen sind deshalb von ganz esonderer Wirkung

Geschäftsstelle:

Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14 Telephon 952, 953, 954

Polizeiwachtmeisterstelle

neu zu besehen. Hemerber muß die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder mindestens 5 Jahre in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben. Besoldung nach Gruppe IV mit Aufrückung nach V.

Belverbung mit Lebenslauf und mit Zeugnissen wollen bis 10. Februar 1928 beim Bürgermeister-amt eingereicht werden. Baldshut, ben 24. Januar 1928. Der Bürgermeister.

Staats-Lotterie

Die Auszahlung der Gewinne sowie die Erneuerung der Lose zur

Haupt-und Schlussklasse

der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie

beginnt heute in meinen beiden Geschäften Schluß der Erneuerung: 1. Februar 1928

Wegen des gegen Ende des Monats zu erwartenden starken Andranges bitte ich meine verehite Kundschaft, nach Möglichkeit die Erneuerung in dieser Woche vorzunehmen. Für neu hinzutretende Spieler habe ich noch Kauflose in beschränkter Zahl abzugeben:

120 RM.



Staatliche Lotterie-Einnahme KARLSRUHE I. B.

Hebelstraße 11 und Waldstraße 38

Postscheckkonto 17 808 — Telephon 4828

Streitige Gerichtsbarteit.

DR.388. Rarisruhe. Das Konfursverfahren über das Bermögen der Firma Walter Hochhäuser & Co. G. m. b. H. in Liquidation, Spedition in Karlsruhe, wurde nach Ab-haltung des Schlußtermins

aufgehoben. Karlsruhe, 22. Dez. 1927. Amtsgericht A 9.

M.382. Labr. Das Ronfursberfahren über das Bermögen des Maurermeifters Anguft Spiesberger in Lahr wurde nach rechtsträftiger Beftätigung 3 Zwangsvergleichs auf-

Lahr, den 18. Jan. 1928, Bab. Amtsgericht.

Freihändiger Mußholdverkauf Forfamt Wolfach, Mittwoch, den 1. Jedernar 1928: 434 fm Nadelstammholz aus Distr. III Erzenbach u. IV Hechtsberg. Losberzeichnisse durchs Forstamt. M.394

Forstamt erbeten. Losauszüge u. Auskunft durch das Forstamt.

Radelitammholz Vertauf Das Bad. Forfamt Gernsbach vertauft freihändig aus den Staatswaldungen I (Schwarzegehren) und II (Bruhberg) rund 352 fm Kichten u. Tannentämme I.—VI. Kl. (3. T. fehr schlant und zu Mastenbolz geeignet), 5 fm Kärcherstämme II.—VI. Kl. 23 fm Ki.-u. Ta.-Abschn. I.—VI. Kl. Stangen : Dectanf.

Das Bad. Forfamt
Gernsbach verlauft freihandig am Donnerstag, den
2. Februar 1928 aus den
Staatswaldungen Schwarzegehren Bauftangen I.—V. Klasse, 10 Baumpfähle, 895 Stüd
Hoopfenstangen I.—IV. Kl.

Obberenstangen I.—IV. Kl.

Und 305 Stüd Kleinstangen in einem Los.

Magedote die Kleinstangen in einem Los.

Magedote die

Augholz-Verfteigerung Forftantt Steinbach, Mon-tag, 30. Januar 1928, nach-mittags 2 Uhr, im Gafthause zum Engel in Ober-bruch: M.391 1. aus Diftrift I Yburg-

wald Abt. 3, 4—8: 35,41 fm Eichen, Rotbuchen, Ulmen und Linden; 2. aus Diftrift III Abtsmoor: 116,42 fm Gichen, Efchen und fonstiges Laub-

holz. Losliften burch bas Forstamt.

Güterrechtsregister. Güterrechtsregifterein-

1. Band I Seite 27: Werner, Nifolaus, Krimi-nassertetär a. D., Karls-ruhe, und Annageb. Schaub. Bertrag vom 12. Dezember 1927. Gütertrennung. 16. 1. 1928.

2. Geite 28: Balther, Ernft, Raufmann, Rarlsruhe, und Anna geb. Harter. Bertrag vom 11. Januar 1928. Gütertrennung. 16. 1. 1928. Alfred

3. Geite 29 : Jäger, Mivin Ludwig, Raufmann, Karls-rube, und Linageb. Geberth. Bertrag bom 16. Januar 1928. Gütertrennung. 19. 1, 1928.

4. Seite 30: Martftahler, Beinrich, Maurer, Raris-rube, und Glfa geb. Spiffinger. Bertrag bom 16. Januar 1928. Gütertren-nung. 19.1. 1928. Badifches Amtsgericht B 2.

Schopfheim. M.396 Güterrechtsregifterein trag Band I Seite 337 Bomftein, Rarl, Ralfbrenner und Landwirt in Wiechs,

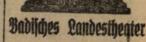
und Rofa geb. Gifenmann. Bertrag bom 22. Dezember 1927. Gütertrennung. Schopfheim, 20. Jan. 1928. Badifches Amtsgericht.

Güterrechtsregisterein-trag zu Seite 448: Leh-mann, Wilhelm, Gaftwirt, und Chriftine geb. Breit-haupt in Langenschiltach. Rach bem Chevertrag vom Januar 1928 wurde unter Mufhebung ber Gu: tertrennung die allgemeine Gütergemeinschaft (§ 1437ff. B.G.B.) bereinbart.

Triberg, 21. Januar 1928.







Donnerstag, 26. 3an. 1928 *D 17 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 801—900

La Traviata

bon Berdi

Mufikal. Leitung: 30f. Arips In Szene gesetzt bon Dr. Herm. Bucherpfennig

bon Ernft Seiberlich Burgeff Mentwig Georg Gafton 2Bebraud Lauffötter Doubhol Löser Größinger Marquis Rainbach

Blacksinfth Rommiffionär Tang einstudiert von Goith Bielefeld

Anfang 20 Ende 221/ I. Rang u. I. Sperrfit 7 Ris Fr. 27. Jan. Riffan ober : Die gelbe Rofe

Sa.28. Jan. Uraufführung:



Magazin

Drud G. Braun, Rarleruhe